



Bundesministerium des Innern und für Heimat, 11014 Berlin

Gemeindetag Baden-Württemberg  
c/o Herrn Bürgermeister Frank Kiefer  
Kreisverbandsvorsitzender des Kreisverbandes Rastatt  
Schulstr. 3  
76470 Ötigheim



**Juliane Seifert**  
Staatssekretärin

Alt Moabit 140  
10557 Berlin

Postanschrift:  
11014 Berlin

Tel. +49 30 18 681-11156  
Fax +49 30 18 681-59689

StS@bmi.bund.de

www.bmi.bund.de

Az: PGStabAU-22000/4#8

Berlin, 17. Oktober 2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kiefer,

ich bedanke mich für Ihr Schreiben vom 27. September 2022 an Frau Bundesministerin Faeser und insbesondere für die Unterstützung des Kreisverbandes Rastatt bei der humanitären Aufnahme schutzsuchender Menschen, die für Bund, Länder und Kommunen, aber auch für alle anderen Unterstützerinnen und Unterstützer, einen enormen Kraftakt darstellt.

Frau Faeser hat mich gebeten, Ihnen zu antworten. Mir ist wichtig, dass wir die Herausforderungen, die uns durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 gestellt werden, gemeinsam bewältigen und Lösungen in Wahrnehmung unserer gemeinschaftlichen, humanitären Verantwortung finden.

Den verstärkten Druck auf Länder und Kommunen bei der Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten nehme ich wahr und sehr ernst. Angesichts der angespannten Lage in den Ländern und Kommunen und gerade mit Blick auf die bevorstehenden Wintermonate unterstützt der Bund bestmöglich die Registrierung und Unterbringung von Geflüchteten. So entlastet der Bund die Länder bei der Registrierung durch die Amtshilfe von Mitarbeitenden des BAMF sowie durch die Bereitstellung von PIK-Stationen.

Hinsichtlich der Unterbringung wurden seitens der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) bereits mehr als 300 Bundesliegenschaften mit rund 64.000 Plätzen mietzinsfrei zur Verfügung gestellt. Zudem hat das BMI die BImA gebeten, eine weitere Intensivierung der Unterstützungsmaßnahmen auf Bundesseite zu prüfen. In ihrem Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden hat Frau Ministerin den Ländern noch weitere 56 Einrichtungen anbieten können. Die Suche nach weiteren Liegenschaften läuft weiter.

Zuletzt auf der MPK am 4. Oktober 2022 hat der Bund erneut den Beitrag der Kommunen gewürdigt und sich weiter zu seiner Mitverantwortung bei der Finanzierung bekannt, die er bereits jetzt in erheblichem Maße wahrnimmt.

Das BMI hat das innerhalb der Bundesregierung zuständige Bundesministerium der Finanzen (BMF) auf die angespannte Lage in den Bundesländern und Kommunen hingewiesen. Ein erstes

Gespräch mit den Ländern auf Staatssekretärebene fand unter Federführung des BMF zu den flüchtlingsbedingten Kosten am 12. Oktober 2022 statt. Ein Folgetermin ist zeitnah anberaumt, um der Dringlichkeit entsprechend, zeitnah eine Vereinbarung zur Entlastung treffen zu können.

Auch bei der Bewertung der Migrationslage steht das BMI in einem engen Austausch mit den Bundesländern. Hier hat beispielsweise das BMI am 19. September 2022 eine Sondersitzung der Bundesländer-Koordinierungsstelle Ukraine (BLKU) initiiert und mit Herrn Dr. Franck Düvell und Frau Dr. Christa Katharina Spieß zwei Migrationsforschende eingeladen, um die Migrationslage fachkundig zu bewerten und mögliche Trends und Entwicklungen gemeinsam mit den Ländern zu diskutieren, um so Erkenntnisse aus der Forschung für die Praxis nutzen zu können. Zusätzlich fand auf Einladung des BMI am 11. Oktober 2022 ein Gespräch mit Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände statt. Hierbei ging es insbesondere um Möglichkeiten der Unterstützung der Länder durch den Bund. Dabei herrschte Einigkeit, dass es uns nur in der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern/Kommunen gelingen kann, die großen Herausforderungen zu meistern. Es wurde unter anderem eine engere Zusammenarbeit im Rahmen einer Plattform und ein regelmäßiger Informationsaustausch vereinbart.

Im Hinblick auf den Rechtskreiswechsel möchte ich darauf verweisen, dass es nach den uns vorliegenden Informationen keine Hinweise darauf gibt, dass ukrainische Geflüchtete die Entscheidung, in welches Land sie flüchten, von dem von uns zum 1. Juni 2022 vollzogenen Rechtskreiswechsel abhängig machen. Entscheidend sind aus meiner Sicht vielmehr kulturelle Aspekte, die Nähe zur Heimat und das Bestehen von Diaspora-Communities. Eine Rückgängigmachung des Rechtskreiswechsels ist auch deshalb kein geeignetes Mittel, um die Situation in den Kommunen zu verbessern. In der Besprechung mit den kommunalen Spitzenverbänden am 11. Oktober 2022 hat sich im Übrigen auch eine Mehrheit der Verbände gegen diesen Vorschlag ausgesprochen.

Abschließend möchte ich mich noch einmal von ganzem Herzen für die Unterstützung des Landkreises Rastatt und Ihrer Städte und Gemeinden bei der Aufnahme der Geflüchteten bedanken. Mir ist bewusst, was für eine enorme Kraftanstrengung dies für Ihren Landkreis und Städte/Gemeinden bedeutet, aber ich bin mir sicher, dass wir weiter gemeinsam einen guten Weg finden werden, um unsere konstruktive Zusammenarbeit fortzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

